MEIN BERLIN NACHRICHTEN AG

11. Juni 2025

Ermittlungen gegen Potsdams frühere Beigeordnete Aubel eingestellt!

Die Staatsanwaltschaft Neuruppin stellte das Verfahren gegen Noosha Aubel wegen Vorteilsannahme ein. Hintergrund: geringfügige Vorwürfe.

Potsdam, Deutschland - Am 11. Juni 2025 wurde bekannt, dass das Verfahren gegen Noosha Aubel, die frühere Beigeordnete für Bildung, Jugend, Kultur und Sport in Potsdam, aufgrund des Verdachts der Vorteilsannahme eingestellt wurde. Laut Informationen von rbb24 erfolgte die Entscheidung seitens der Staatsanwaltschaft Neuruppin aufgrund von Geringfügigkeit und ohne Geldauflage. Der Vorwurf betraf die Annahme von zwei Kinderkarten für ein Spiel des Footballteams Potsdam Royals im Jahr 2022.

Die Staatsanwaltschaft bestätigte, dass bei der Überprüfung zahlreicher Termine zu Sport- und Kulturveranstaltungen kein erhärteter Verdacht gegen Aubel festgestellt werden konnte.

Das Verfahren war ursprünglich eine Folge von Ermittlungen gegen den abgewählten Potsdamer Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD), der aufgrund ähnlicher Vorwürfe ins Kreuzfeuer geraten war. Aubel war nach Angaben der Staatsanwaltschaft weniger an Veranstaltungen beteiligt als Schubert und hatte stets darauf geachtet, für ihre Partnerkarten zu bezahlen.

Umgang mit Vorteilsannahme

Noosha Aubel äußerte sich dankbar über den schnellen Abschluss des Verfahrens und bezeichnete den Austausch mit der Staatsanwaltschaft als konstruktiv und transparent. Die frühere Beigeordnete plant, künftig die Annahme von Karten genauer zu prüfen und diese transparent zu dokumentieren. Sie hält die Anerkennung von Kultur- und Sportleistungen für wichtig, betont jedoch die Notwendigkeit der Einhaltung von Regeln.

Aktuell arbeitet Aubel als Stadträtin in Flensburg und gilt als mögliche überparteiliche Kandidatin für das Amt des Oberbürgermeisters in Potsdam. Die Voraussetzungen und die Möglichkeit einer Einigung verschiedener Parteien auf einen gemeinsamen Kandidaten sind derzeit noch offen.

Transparenz in der Verwaltung

In einem breiteren Kontext der politischen Landschaft wird die Notwendigkeit von Transparenz in der Verwaltung und Politik immer bedeutender. Offenheit und der Zugang zu Informationen sind zentrale Aspekte, um das Vertrauen der Bürger in die staatlichen Institutionen zu stärken. Laut digisociety erfordert Transparenz die Bereitstellung öffentlich und frei verfügbarer Informationen, um Teilhabe, Zusammenarbeit und Innovation zu fördern.

Die Diskussion um Transparenz in der Verwaltung wird insbesondere im Licht der aktuellen Entwicklungen rund um Noosha Aubel und ihre Erfahrungen mit Vorteilsannahme

relevant. Ein transparenter Umgang mit solchen Themen könnte langfristig dazu beitragen, ähnliche Vorwürfe und Missverständnisse in der Politik zu vermeiden.

Details	
Ort	Potsdam, Deutschland
Quellen	• www.rbb24.de • www.tagesspiegel.de • digisociety.ngo

Besuchen Sie uns auf: mein-berlin.net